

ARGUMENTATIONSHILFE

**Betriebliche
Mitbestimmung
stärken!**

DIE LINKE.

THEMA

BETRIEBLICHE MITBESTIMMUNG STÄRKEN!

Die demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten wird ausgehöhlt und angegriffen. Immer mehr Unternehmen versuchen, die Gründung eines Betriebsrates und gewerkschaftliche Organisation zu verhindern. Laut Hans-Böckler-Stiftung ist jede 6. Betriebsratsgründung betroffen. Das ist ungesetzlich – und die Methoden sind z. T. kriminell.

Gute Arbeit gibt es nur mit Mitbestimmung. Deswegen wollen wir Betriebsratswahlen erleichtern. Damit Betriebsräte nicht erpressbar sind, wollen wir die Verpflichtung auf die »Wahrung des Betriebsfriedens« (§2 BetrVG) abschaffen: d.h. Betriebsräte dürfen nicht an ihrer Arbeit gehindert werden, indem eine handzahme Betätigung auferlegt wird. Wir wollen zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte bei allen wirtschaftlichen Angelegenheiten: Besonders wenn Betriebe oder Standorte geändert werden, bei Entlassungen und wenn es um die Arbeitsbedingungen geht. Dazu gehört auch, dass über die Organisation und den Umfang der Arbeit mitbestimmt werden kann, bei der Personalbemessung und bei prekärer Arbeit (Leiharbeit etc.) oder Digitalisierung.

Die Strafverfolgung bei Verstößen gegen das Betriebsverfassungsgesetz muss verbessert und Bußgelder erhöht werden. Betriebliche Mitbestimmungsrechte müssen für alle, auch für die Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas uneingeschränkt gelten.

Was sagen die anderen?

Die **SPD** hat neben uns die weitgehendsten Forderungen Mitbestimmung auszubauen. **Die Grünen** bekennen sich nur grundsätzlich zu mehr Mitbestimmung. Auf Sonntagsreden beton die **Union** gern ihre Wertschätzung, getan hat sie dafür nichts. Im Wahlprogramm will sie vor allem eine Ermöglichung von Online-Wahlen und Anpassen der Regelung in der digitalen Arbeitswelt. Die **FDP** sieht lediglich bei Homeoffice mehr Mitsprachebedarf. Die **AfD** gibt ein formales Bekenntnis zur Mitbestimmung ab, betont aber das Kooperation zwischen Belegschaft und Geschäftsführung vorangestellt werden soll.

LINKE Gegenargumente

Mitbestimmung darf kein Gnadentat des Managements sein. Der Burgfrieden in den Betrieben muss weg, und es muss auch erzwingbare Vetorechte geben. Viele Betrieben stehen vor erheblichen Umbauprozessen sowohl bedingt durch die Digitalisierung sowie den nötigen Umbau auf klimaneutrale Produkte- und Produktionsprozesse. Da reicht es nicht den Status quo zu pflegen und etwas anzupassen. Die LINKE sagt: Betriebliche Mitbestimmung muss ausgebaut werden und geschützt werden. Untersuchungen zeigen auch immer wieder, dass Unternehmen mit Betriebsrat wirtschaftlich erfolgreicher sind.